

Das Wahlverhalten älterer Menschen. Forschungsergebnisse aus etablierten Demokratien*

Achim Goerres

Im Jahr 2009 fanden in der Bundesrepublik insgesamt 16 Wahlen auf Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europaebene statt. Dabei wird der Anteil älterer Wähler aufgrund von steigender Lebenserwartung und geringer Geburtenrate immer größer. Bei der Bundestagswahl 2009 war wahrscheinlich zum ersten Mal (die genauen Daten liegen noch nicht vor) eine Mehrheit von Wählern älter als 50 Jahre. Bereits 2005 waren 46,0 Prozent aller Wahlberechtigten und geschätzte 49,7 Prozent aller Wähler 50 und älter.¹

Bei der Bundestagswahl 2005 beteiligten sich Wähler, die 60 und älter waren, mit 80,7 Prozent deutlich mehr an der Wahl als die unter 25-Jährigen mit 67,9 Prozent. Im Vergleich zu Jungen (Ergebnisse in Klammern) votierten Ältere auch gemäß anderer Parteipräferenzen: Sie wählten zu 34,1 Prozent SPD (36,9 Prozent der Jungen), 43,3 Prozent CDU/CSU (26,4 Prozent), 8,8 Prozent FDP (11,1 Prozent), 3,9 Prozent Bündnis 90/Grüne (10,9 Prozent), 7,5 Prozent die Linke (7,8 Prozent).² Insbesondere bei der CDU/CSU und bei Bündnis 90/Grüne gab es demnach starke Unterschiede zwischen den jüngsten und den ältesten Wählern. Daher muss man sich fragen, inwieweit es Unterschiede zwischen älteren und jüngeren Wählern gibt und welche Bedeutung diese für Wahlen in alternden Gesellschaften haben.

Um der Beantwortung dieser Fragen nachzugehen, müssen die Unterschiede auf der Individualebene geklärt werden.³ Dazu stelle man sich zwei Bürger vor, die bei der Bundestagswahl 2009 wahlberechtigt waren: Einer der beiden war 30 Jahre, der andere 75 Jahre alt. Inwieweit ging der ältere Bürger mit der Frage der Wahl oder Nicht-Wahl und den Wahlinhalten anders um, als der Bürger, der erst 30 Jahre alt war? Hier sind zwei Aspekte voneinander abzugrenzen: die Zugehörigkeit zu einer Kohorte sowie die Position im Lebenszyklus, auf der sich ein Individuum befindet.

* Dieser Beitrag ist eine gekürzte und überarbeitete Version meines Berichts, den ich im Auftrag der Acatech/Leopoldina-Projektgruppe zum Thema „Chancen und Risiken einer alternden Gesellschaft“ geschrieben habe. *Achim Goerres*, Das Wahlverhalten älterer Menschen. Ein Beitrag über die Unterschiede zwischen älteren und jüngeren Wählern, in: *Nova Acta Leopoldina*, 106. Jg. (2009), H. 370, S. 299 – 321. Ich danke den Herausgebern des Sammelbandes für die Erlaubnis, Teile des Materials wieder zu verwenden. Bei der Überarbeitung habe ich wertvolle Hilfe von *Evelyn Funk* erhalten, für die ich mich bedanke.

1 Vgl. *Achim Goerres*, Can We Reform the Welfare State in Times of ‘Grey’ Majorities? The Myth of an Electoral Opposition Between Younger and Older Voters in Germany, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Working Paper 07/5, Köln 2007. Als sprachliche Konvention verwende ich in Fällen, in denen es weibliche und männliche Substantivformen gibt, die männliche Form. Damit meine ich immer beide Geschlechter.

2 *Doreen Namislo / Karina Schorn / Margitta von Schwartzenberg*, Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2005 nach Geschlecht und Alter, in: *Wirtschaft und Statistik*, 58. Jg. (2006), H. 3, S. 220 – 237.

3 Vgl. *Achim Goerres*, The Political Participation of Older People in Europe: The Greying of Our Democracies, Basingstoke 2009.

Eine Kohorte oder eine Generation umfasst eine Gruppe von Individuen, die in derselben Zeitperiode geboren wurden. In dem Beispiel gehört der jüngere Wähler zu der Kohorte, die 1979 geboren wurde, der ältere zu der Generation, die 1934 geboren wurde. Wenn es einen Unterschied im Wahlverhalten gibt, der auf die Kohortenzugehörigkeit zurückgeht, dann sollte dieser unabhängig vom Alter der Wähler bei jeder Wahl zu messen sein. Beispielsweise sollte der Unterschied zwischen dem 30-Jährigen und dem 75-Jährigen im Jahr 2009 derselbe sein wie zwischen dem 19-Jährigen und dem 64-Jährigen im Jahr 1998. Ein Kohorteneffekt beinhaltet, dass eine in derselben Periode geborene Gruppe ähnliche Lebenserfahrungen in ihrer Jugend und jungem Erwachsenenalter macht und diese prägenden Erfahrungen mit sich trägt, während sie altert. Hier kann zwischen zwei verschiedenen Kohorteneffekten differenziert werden. Zum einen kann eine bestimmte politische Erfahrung im jüngeren Alter direkt die politischen Einstellungen prägen (wie der Eindruck einer charismatischen politischen Persönlichkeit oder das gute Abschneiden einer politischen Partei). In diesem Fall ist diese Kohorte politisch anders geprägt als eine andere. Aus der politischen Sozialisationsforschung wissen wir, dass jüngere Menschen wesentlich beeinflussbarer sind als ältere Menschen und ihre früh gewonnene politische Prägung in vielen Fällen beibehalten.⁴ Zum anderen führt die Kohortenzugehörigkeit zu spezifischen sozioökonomischen Prägungen. Beispielsweise liegt bei den Mitgliedern jüngerer Generationen eine viel größere Wahrscheinlichkeit vor, einen Universitätsabschluss erworben zu haben. Dies kann einen direkten Effekt auf die politischen Einstellungen und das politische Handeln hinterlassen. Zum Beispiel gehen formell höher Gebildete eher zur Wahl. Letzterer Effekt ist also eher ein Kompositionseffekt: Innerhalb einer gegebenen Kohorte sind die sozioökonomischen Untergruppen anders verteilt als in anderen Kohorten.

In unserem Beispiel ist der zweite große Unterschied zwischen den beiden Wählern das unterschiedliche Alter, das einen Einfluss unabhängig von der Kohortenzugehörigkeit ausüben kann. Der ältere Wähler ist 45 Jahre älter als der jüngere. Wenn abweichendes Wahlverhalten eher auf diesen Altersunterschied zurückzuführen ist, dann sollte er bei allen Kohorten zu messen sein, wenn man Wähler der verschiedenen Altersgruppen vergleicht. Zum Beispiel sollte ein Alterseffekt, der das Verhalten eines 75-jährigen von dem eines 30-jährigen Wählers differenziert, bei der Wahl 2009 genauso zu messen sein wie bei der Wahl 1990.

In dieser Gruppe von Alterseffekten kann man unterscheiden zwischen monotonen Effekten, die im Lebensverlauf an Bedeutung gewinnen oder verlieren, und solchen, die mit einem bestimmten Stadium im Lebenszyklus verbunden sind und nicht unbedingt stetig verlaufen müssen. Beispielsweise lässt sich bei Wahlen ein Lernprozess feststellen. Jeder Wahlberechtigte kann aus der Wahlbeteiligung oder der Erfahrung des Wahlkampfes Erfahrungen ziehen, die es ihm erlauben, bei der nächsten Wahl mit weniger Kosten in Form von Zeit oder Aufwand zu wählen. Folglich haben ältere Menschen immer mehr Erfahrung mit Wählen als jüngere Wähler.

Die zweite Art von Alterseffekten prägt nur eine bestimmte Altersgruppe, deren Mitglieder sich in einer spezifischen sozialen Situation befinden. Zum Beispiel werden die politischen Wahlpräferenzen von Eltern zum Teil durch ihre Besorgnis um die Kinder bestimmt.

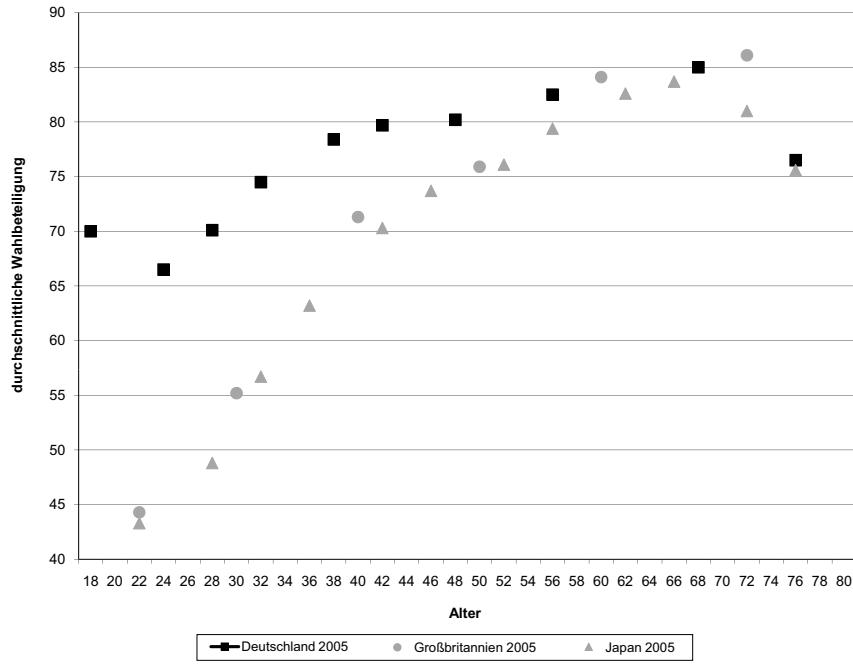
4 Vgl. Duane F. Alwin / Ronald L. Cohen / Theodore M. Newcomb, Political Attitudes over the Life Span: The Bennington Women after Fifty Years, Madison 1991.

Dieser Zusammenhang führt zu einem Unterschied zwischen Eltern – im Schnitt also Wähler zwischen etwa 25 und 50 – und älteren Wählern, die keine minderjährigen Kinder haben. Der Effekt an sich ist aber durch die soziale Lebenszyklussituation bestimmt, die nur mit dem Alter korreliert. Ein anderes Beispiel sind Altersrentenempfänger, deren materielle Situation weitestgehend vom Arbeitsmarkt abgekoppelt ist. Ihr politisches Verhalten kann durch ihre Interessen als Rentenempfänger beeinflusst werden. Zusammengefasst kann man Unterschiede im Wahlverhalten zwischen älteren und jüngeren Bürgern auf eine Kombination dieser Kohorten- und Alterseffekte zurückführen.

1. Wahlbeteiligung

Es ist ein immer wiederkehrender Zusammenhang, dass in fortgeschrittenen Industrienationen ältere Bürger eher zur Wahl gehen als jüngere. Abbildung 1 zeigt die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei deutschen, britischen und japanischen Parlamentswahlen im Jahr 2005. In allen drei Fällen lag die Beteiligung von unter 30-Jährigen deutlich niedriger als die von Senioren jenseits der 60. Die drei Beispillländer, Deutschland, das Vereinigte Königreich und Japan, sind sich bezüglich ihrer demographischen Struktur und ihres wirt-

Abbildung 1: Durchschnittliche Wahlbeteiligung bei nationalen Parlamentswahlen in Deutschland, dem Vereinigten Königreich und Japan im Jahr 2005



Quelle: Edward Phelps, Young Voters at the 2005 British General Elections, in: The Political Quarterly, 76. Jg. (2005), H. 4, S. 482 – 487; Doreen Namislo / Karina Schorn / Margitta von Schwartzenberg, a.a.O. (Fn. 2). Für die Übersetzung der japanischen Daten danke ich Airo Hino.

schaftlichen Entwicklungsstands sehr ähnlich. Sie unterscheiden sich jedoch aufgrund ihrer Wahl- und Parteiensysteme, die gewöhnlich einen sehr starken Einfluss auf die Wahlbeteiligung ausüben. Der Umstand, dass der Zusammenhang zwischen Alter und Wahlbeteiligung in drei politisch so verschiedenen Demokratien gleichermaßen zu messen ist, deutet auf Faktoren hin, die zum Teil kontextunabhängig sein müssen.

Die mit dem Alter zusammenhängenden Erklärungen der Wahlbeteiligung lassen sich unter fünf Unterthemen zusammenfassen: (a) Sozialisationsunterschiede zwischen Generationen in Bezug auf die Staatsbürgerpflicht zu wählen, (b) mit dem Alter an Bedeutung gewinnende Habituierung und ansteigendes normenkonformes Verhalten, (c) mit dem Alter wachsende Lebenserfahrung, (d) weitere mit dem Lebenszyklus zusammenhängende Faktoren und (e) die Wahlorganisation.

1.1. Ältere Wähler als Angehörige bürgerlich denkender Generationen

Die erste Erklärung für die höhere Wahlbeteiligung von älteren Bürgern geht auf Kohortenunterschiede zurück. Ältere Wähler gehören heute zu Generationen, denen ein größerer Bürgersinn nachgesagt wird. *Mark N. Franklin*⁵ zeigte in einer Studie von Westdeutschland, Großbritannien, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und den USA, dass ältere Generationen eine höhere Wahlbeteiligung aufweisen als jüngere. Weitere Studien bestätigen diesen Befund.⁶ Die Begründung für die sinkende Wahlbeteiligung bei jüngeren Kohorten wird in einem Rückgang von individuell empfundenem Pflichtbewusstsein gesucht. Mitglieder jüngerer Generationen sehen ihre Wahlbeteiligung weniger stark als ihre Staatsbürgerpflicht an. Warum diese Veränderung der Wahrnehmung der eigenen Rolle gegenüber dem Staat stattfindet, ist nicht geklärt. Mögliche Gründe sind: zunehmende Individualisierung, Tertiärisierung (das heißt ein ständig an wirtschaftlicher Bedeutung gewinnender Dienstleistungssektor und der gleichzeitige Abbau traditioneller Arbeitermilieus) und Säkularisierung (die abnehmende Bedeutung von organisierte Religion für das soziale Leben). Zwar scheint politische Verdrossenheit bei Jugendlichen bestimmter Epochen Generationen zu prägen, wie beispielsweise eine konstant niedrigere Wahlbeteiligung der Jungwähler unter *Margaret Thatcher*⁷, aber hauptsächlich ist die Veränderung gradueller Natur. Das Pflichtbewusstsein nimmt langsam und stetig ab.

Ein konsistenter Zusammenhang ist auch die – im Vergleich zu vorhergehenden Kohorten – relativ geringere Wahlwahrscheinlichkeit der Kohorten, die in den 1960er Jahren in einigen Demokratien überraschend früh die Wahlberechtigung erlangten, weil das Wahlal-

5 Vgl. *Mark N. Franklin*, Voter Turnout and the Dynamics of Electoral Competition in Established Democracies, Cambridge 2004.

6 Vgl. *Rolf Becker*, Wahlbeteiligung im Lebensverlauf. A-P-K-Analysen für die Bundesrepublik Deutschland in der Zeit von 1953 bis 1987, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 54. Jg. (2002), H. 2, S. 246 – 263; *André Blais / Elisabeth Gidengil / Neil Nevitte / Richard Nadeau*, Where does Turnout Decline come from?, in: *European Journal of Political Research*, 43. Jg. (2004), H. 2, S. 221 – 236.

7 Vgl. *Harold D. Clarke / David Sanders / Marianne C. Stewart / Paul F. Whiteley*, Political Choice in Britain, Oxford 2004; *Andrew T. Russell / Ron J. Johnston / Charles J. Pattie*, Thatcher's Children: Exploring the Links between Age and Political Attitudes, in: *Political Studies*, 40. Jg. (1992), H. 4, S. 742 – 756.

ter von 21 auf 18 gesenkt worden war.⁸ Die Wähler dieser Gruppen bekamen „zu früh“ das Wahlrecht – in dem Sinne, dass sie während ihres Heranwachsens noch nicht darauf eingestellt worden waren, wählen zu gehen. Die „Überrumpelung“ dieser Generationen schlägt sich in einer geringeren durchschnittlichen Wahlbeteiligung nieder.

Eine Konsequenz dieser Generationenunterschiede ist, dass ältere Wähler noch für einige Jahre Generationen angehören werden, bei denen generell aufgrund ihrer Sozialisationserlebnisse und ihrer Einstellungen zum Staat hohe Wahlwahrscheinlichkeiten vorliegen. Obwohl Unterschiede zwischen Generationen in einigen westlichen Demokratien nachgewiesen werden konnten, fehlen vergleichende Erkenntnisse über neuere Demokratien beispielsweise in Osteuropa. Die Sozialisationsunterschiede der Generationen, die vor und nach der Demokratisierung in diesen Ländern in das Wahlalter kamen, dürften sehr unterschiedliche Spuren hinterlassen haben. Doch ist nicht einfach zu hypothetisieren, welcher Art die Unterschiede sein könnten. Wie sich die Einstellungen älterer Wähler langfristig entwickeln, kann man nicht mit Bestimmtheit sagen. Schließlich ist die Sozialisationserfahrung bei den noch nicht Wahlberechtigten oder den noch ungeborenen Staatsbürgern nicht vorherzusehen. Zum Beispiel zeigt eine Analyse der neuesten Daten, dass die jüngste Kohorte in den USA das Wählen wieder stärker als Ausdrucksmöglichkeit ihres politischen Willens anerkennt.⁹

1.2. Mit dem Alter ansteigende Bedeutung der Habituation und des normenkonformen Verhaltens

Jüngere Wähler haben wenig politische Erfahrung mit dem Wahlprozess und weisen deswegen als Korrelat ihres Alters – nicht ihrer Kohortenzugehörigkeit – eine geringere Wahlbeteiligung auf. *Eric Plutzer*¹⁰ beschrieb, dass Wählen ein habitueller Prozess ist, bei dem die eigene Erfahrung eine hohe Vorhersagekraft für späteres Wahlverhalten entfaltet. Hierbei wird Wählen also aus einer entwicklungstheoretischen Perspektive gesehen. Individuen neigen zu trägem Verhalten: Sie wiederholen gerne Routinen, denen sie bereits nachgegangen sind.¹¹ Daher unterscheiden sich ältere Wähler von jüngeren. Erstere sind weiter in diesem Habitutionsprozess als letztere. Eine häufigere Wiederholung derselben Handlung führt zu relativ geringeren Kosten (Zeit und Mühe), eine weitere Wiederholung durchzuführen. Ältere Wähler haben folglich im Schnitt einen geringeren Aufwand, wählen zu gehen. Die Habituation der Wahlteilnahme ist also eine direkte Funktion des Alters und nicht der Kohorte.¹²

Ein zweiter Prozess, der die Wahlbereitschaft mit zunehmendem Alter erhöht und mit der Habituation zusammenhängt, ist die wachsende Neigung, mit dem eigenen Verhalten sozialen Normen zu entsprechen. Eine soziale Norm ist eine gesellschaftliche Verhaltensvor-

8 Vgl. *Mark N. Franklin*, a.a.O. (Fn. 5).

9 Vgl. *Russell J. Dalton*, *The Good Citizen: How a Younger Generation is Reshaping American Politics*, Washington, D.C. 2008.

10 Vgl. *Eric Plutzer*, *Becoming a Habitual Voter: Inertia, Resources, and Growth in Young Adulthood*, in: *American Political Science Review*, 96. Jg. (2002), H. 1, S. 41 – 56.

11 Vgl. *Mark N. Franklin*, a.a.O. (Fn. 5).

12 Vgl. *Achim Goerres*, *Why are Older People more Likely to Vote? The Impact of Ageing on Electoral Turnout in Europe*, in: *British Journal of Politics and International Relations*, 9. Jg. (2007), H. 1, S. 90 – 121.

schrift, deren Einhaltung dem Individuum soziale Befriedigung verschafft und deren Nicht-Einhaltung zu sozialen Sanktionen führt.¹³ Die Wahlnorm ist eine solche soziale Norm. Umfrageergebnisse zeigen, dass Bürger etablierter Demokratien mit großer Mehrheit der Aussage zustimmen, man solle wählen gehen.¹⁴ Je älter ein Wähler ist, desto eher stimmt er dieser Aussage wie auch anderen Aussagen über soziale Normen, zum Beispiel zur Steuerehrlichkeit, zu. Die Kausalkette der Korrelation hinter Alter und der steigenden Bereitschaft, sozialen Normen zu entsprechen, bleibt unklar. Vermutlich hat eine steigende Identifikation mit den gesellschaftlichen „Spielregeln“ durch gelebte Jahre für das alternde Individuum diesen Einfluss.

In Ländern mit sehr hoher Wahlbeteiligung nimmt die Wahrscheinlichkeit zu wählen über Altersgruppen hinweg nur wenig zu. Das Beteiligungsniveau von jüngeren Wählern ist dort bereits relativ hoch, so dass die Zunahme mit steigendem Alter nur gering sein kann. Ist die von den Wählern erlebte Befolgung der sozialen Norm, die tatsächliche Wahlbeteiligung, sehr hoch, haben bereits junge Bürger großen Anreiz, dieser Norm zu entsprechen, um soziale Befriedigung zu erlangen. In Ländern mit geringer Wahlbeteiligung ist die Zunahme der Wahlwahrscheinlichkeit über die Altersgruppen hinweg deutlich größer. Jüngere Wähler haben dort bei einer Nichteinhaltung nicht so viel durch Einhaltung der sozialen Norm zu gewinnen, so dass die zunehmende Wahrscheinlichkeit, sich mit steigendem Alter normenkonform zu verhalten, deutlich sichtbar ist.¹⁵

1.3. Lebenserfahrung

Eine weitere These, die erklärt, warum alternde Wähler eher zur Wahl gehen, ist zunehmende „Lebenserfahrung“.¹⁶ Diese Erklärung ist empirisch nur schwer zu trennen von der Idee der Habituation und steigender Bereitschaft, sich normenkonform zu verhalten. Doch betont diese Erklärung eher die Zunahme an allgemeiner Erfahrung und wahlrelevanten Fertigkeiten als die wachsende Gewohnheit oder die sich verändernden Anreizstrukturen alternder Wähler.

Raymond Wolfinger und *Steven Rosenstone*¹⁷ untersuchten US-amerikanische Zensusdaten und fanden einen systematischen Interaktionseffekt zwischen formeller Bildung und Alter. Je älter ein Bürger war, desto kleiner war der Unterschied in der Wahlbeteiligung zwischen mehr und weniger gebildeten Wählern. Ihre Erklärung lautet, dass die Lebenserfahrung mit dem Alter steigt und die kognitiven Vorteile der höher Gebildeten ersetzen kann. Diejenigen Individuen, die höhere Bildung genossen, erfuhren die Funktionsweise des Wählens

13 Vgl. *Karl-Dieter Opp*, Norms, in: *Neil J. Smelser / Paul B. Baltes* (Hrsg.), International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences, Oxford 2006, S. 10714 – 10720.

14 Vgl. *André Blais*, To Vote or not to Vote. The Merits and Limits of Rational Choice Theory, Pittsburgh 2000.

15 Vgl. *Achim Goerres*, a.a.O. (Fn. 12).

16 Vgl. *John M. Strate / Charles J. Parrish / Charles D. Elder / Coit C. Ford III.*, Life Span Civic Development and Voting Participation, in: *American Political Science Review*, 83. Jg. (1989), H. 2, S. 443 – 464; *Steven J. Rosenstone / John Mark Hansen*, Mobilization, Participation, and Democracy in America, New York 1993; *Raymond E. Wolfinger / Steven J. Rosenstone*, Who votes?, New Haven 1980.

17 Vgl. *Raymond E. Wolfinger / Steven J. Rosenstone*, a.a.O. (Fn. 16).

über ihre Bildung und entwickelten einen kognitiven Vorsprung gegenüber ihren niedriger gebildeten Altersgenossen. Doch konnten diese mit steigendem Alter zunehmend die Bedeutung und Funktionsweise des Wahlprozesses lernen.

Dieser frühe Befund wurde in anderen Studien amerikanischer Umfragedaten bestätigt. *John Strate* u.a.¹⁸ belegten, dass Alter vor allem über diverse der demokratischen Staatsbürgерrolle zuträgliche Fertigkeiten (civic competence) einen sehr großen Einfluss auf Wahlbeteiligung ausübt. Darunter fällt beispielsweise die Beschaffung und Verarbeitung politischer Informationen. Gemäß dieser These sammeln alternde Individuen Wissen und verfügen über Routinen für die Informationsbeschaffung, die es ihnen erleichtern, wählen zu gehen. *John Rosenstone* und *John Hansen*¹⁹ bestätigten die Befunde undweiteten sie auch auf andere Formen politischer Beteiligung außerhalb des Wahlprozesses aus.

1.4. Weitere mit dem Lebenszyklus korrelierte Faktoren

Es gibt eine Reihe soziologischer Korrelate von Alter, die vornehmlich dem Lebenszyklus zugerechnet werden können²⁰: (1) die Residenzdauer: Ältere Wähler haben im Schnitt länger an einem bestimmten Ort gelebt. Dies erhöht die Wahlwahrscheinlichkeit, weil Wähler vor Ort mehr Leute kennen, denen Sie ihre Beteiligung beim Wahlgang demonstrieren können, und weil sie deutlicher die Probleme des Wahlkreises wahrnehmen.²¹ (2) Die Wahrscheinlichkeit, mit einem Partner zusammenzuleben: Ältere Wähler unterscheiden sich von Wählern eher mittleren Alters, weil die ersten wahrscheinlich nicht (mehr) mit einem Partner zusammenleben, der sie zum Wählen mobilisieren könnte. (3) Ältere Wähler leiden eher an gesundheitlichen Problemen, die sie darin hindern, zur Wahl zu gehen. Die beiden letzten Punkte, Partner und Gesundheit, erklären vermutlich den allgemeinen Knick der Wahlkurve im höheren Alter jenseits der 70 (vgl. Abbildung 1).

1.5. Wahlorganisation

Die bisher aufgeführten Erklärungen bezogen sich allesamt auf psychologische und soziologische Unterschiede zwischen Altersgruppen. Weitere können aufgrund von Effekten der Wahlorganisation entstehen. Wahlen sind ein hochregulierter Prozess; die Teilnahme der Wähler kann daher durch Eigenschaften der Verwaltung und Regulierung beeinflusst werden. Beispielsweise können Registrierungsregeln, Wahlsystem und Technologien für die Durchführung Altersgruppen unterschiedlich beeinflussen. In einer Studie über Differenzen in der Beteiligung an Gouverneurswahlen von Georgia (1998 und 2002) wurde der Einfluss neuer Technologien (Wahlcomputer) geschätzt. Die Ergebnisse zeigen, dass Wahlkreise mit einem höheren Prozentsatz von Wählern, die 65 und älter waren, einen Rückgang der Wahlbeteiligung zu verzeichnen hatten. Die Erklärung könnte generationaler Na-

18 Vgl. *John M. Strate / Charles J. Parrish / Charles D. Elder / Coit C. Ford III.*, a.a.O. (Fn. 16).

19 Vgl. *Steven J. Rosenstone / John Mark Hansen*, a.a.O. (Fn. 16).

20 Vgl. *Achim Goerres*, a.a.O. (Fn. 12).

21 Vgl. *Mark N. Franklin*, You Want to Vote Where Everybody Knows Your Name, Konferenzpapier, APSA Annual Conference, Washington D.C. 2005.

tur sein: Ältere Jahrgänge waren weniger mit neuen Technologien vertraut als jüngere.²² Für Deutschland bedeutet das Verbot von Wahlmaschinen durch das Bundesverfassungsgericht vom 3. März 2009 folglich wahrscheinlich, dass eine geringere Teilnahme älterer Menschen an Bundestagswahlen aufgrund einer Abschreckung durch die neue Technologie vermieden werden konnte.

Registrierungsregeln dagegen verlangen in manchen Ländern, die – anders als Deutschland – keine Meldepflicht haben, dass Bürger eine gewisse Zeitspanne in einem Gebiet gelebt haben und sich selbstständig registrieren, um wählen zu dürfen. Dies führt in jenen Kontexten zu einem Vorteil für jene, die weniger umziehen und länger in einem Wahlkreis leben. Da ältere Bürger tendenziell länger in einem Distrikt leben als jüngere, leiden ältere im Schnitt weniger an diesen administrativen Hürden.²³

1.6. Zusammenfassung: Wahlbeteiligung

Ältere Wähler nehmen aufgrund einer Reihe miteinander verwobener Prozesse, die parallel zum Alterungsprozess ablaufen und unabhängig von Generationenunterschieden bestehen, anders am Wahlprozess teil als jüngere: (1) Bei alternden Wahlberechtigten spielt der Prozess der Habituation aufgrund wiederkehrender Wahlgelegenheiten eine zunehmende Rolle. Routinen des Wählens und Erfahrung mit politischen Kandidaten, Parteien und Politiken erleichtern erneutes Wählen. (2) Je älter Wähler sind, desto eher unterstützen sie die Wahlnorm als soziale Norm, deren Einhaltung soziale Befriedigung bringt, und verhalten sich entsprechend. (3) Je älter Wähler sind, desto mehr nicht-politische Erfahrung und Verständnis des politischen Prozesses haben sie, so dass der politische Prozess und der Ablauf des Wählens einfacher werden. (4) Neben dem kontinuierlichen Wandel, der sich parallel zum Lebenslauf entwickelt, sind einige abrupte Veränderungen, wie Scheidung oder Ableben des Partners sowie schlechter werdende Gesundheit, Faktoren, die die Wahlbeteiligung von älteren Wählern reduzieren. Ältere Wähler profitieren dagegen von längerer Residenzzeit an demselben Ort.

Daneben gibt es einige Generationenunterschiede: (5) In vielen etablierten westlichen Demokratien – darunter Deutschland – gehören ältere Wähler Generationen an, die Wählen seit ihren ersten Wahlen stärker als Staatsbürgerpflicht empfinden. Ihr hohes Pflichtbewusstsein trugen diese Generationen durch den Lebenszyklus, und es unterscheidet sie heute von jüngeren Kohorten, die solch eine Pflicht nur in geringerem Ausmaß kennen. (6) Außerdem können bestimmte Strukturen der Wahlorganisation Altersgruppen unterschiedlich beeinflussen. Die Einführung neuer Technologien in der Wahlkabine wie computerunterstützte Wahlmaschinen senkt die Wahlbeteiligung bei älteren Generationen, die im Allgemeinen weniger mit solchen Techniken vertraut sind.

22 Vgl. Gary H. Roseman Jr. / Frank Stephenson, The Effect of Voting Technology on Voter Turnout: Do Computers Scare the Elderly, in: *Public Choice*, 123. Jg. (2005), H. 1/2, S. 39 – 47.

23 Vgl. Peverill Squire / Raymond E. Wolfinger / David P. Glass, Residential Mobility and Voter Turnout, in: *American Political Science Review*, 81. Jg. (1987), H. 1, S. 45 – 66; James G. Gimpel / Irwin L. Morris / David R. Armstrong, Turnout and Local Age Distribution: Examining Political Participation across Space and Time, in: *Political Geography*, 23. Jg. (2004), H. 1, S. 71 – 95.

2. Wahlentscheidung

Neben dem Prozess, der den einzelnen Wähler in die Wahlkabine führt, unterscheiden sich Altersgruppen auch systematisch in den Inhalten ihrer Wahlentscheidung. Die Ergebnisse lassen sich in die vier folgenden Bereiche aufgliedern: (a) der Umgang mit politischer Information bei der Wahlentscheidung, (b) die Entscheidung für Kandidaten aufgrund ihrer Merkmale, (c) die Entscheidung für politische Parteien sowie (d) Alter als politische Konfliktlinie.

2.1. Der Denkprozess zur Wahlentscheidung

Wähler jeden Alters müssen sich in einem komplexen Kontext von hoher Informationsdichte für eine der Wahloptionen entscheiden. Es gibt so viele Informationen, dass Individuen Strategien entwickeln müssen, um mit dieser Fülle an Informationen umzugehen. Die empirische Analyse dieser Denkprozesse ist schwierig, weil sie unsichtbar für den Beobachter und zum Teil unbewusst für den Entscheidenden selbst ablaufen. Politische Psychologen müssen daher Probanden künstlichen Entscheidungssituationen aussetzen, um sie dann in diesen Situationen zu beobachten. In einer Studie von etwa 700 US-amerikanischen Bürgern führte *David Redlawsk*²⁴ eine Reihe von Experimenten durch. Er maß, inwieweit die Versuchspersonen zwei verschiedene Arten von Entscheidungsregeln in einer politischen Wahlsituation anwandten. Individuen, die den ersten Typus von Regeln nutzten, verglichen paarweise alle Wahlalternativen in Bezug auf bestimmte Kriterien. Dieser Entscheidungsmechanismus ist sehr fordernd in Bezug auf kognitive Fähigkeiten. Beim zweiten Mechanismus zielen die Anwender eher darauf ab, Optionen möglichst schnell fallen zu lassen. Zu diesem Ziel werden der Reihe nach Optionen verglichen, bis eine Option als ausreichend für den Zweck angesehen wird, so dass nicht unbedingt alle Möglichkeiten in Betracht gezogen werden müssen. Der zweite Mechanismus ist viel einfacher und kognitiv weniger fordernd als der erste. In dieser Stichprobe zeigte sich ein systematischer Zusammenhang zwischen höherem Alter und dem Vorzug der einfacheren Regeln. Die Begründung ist in dem Nachlassen kognitiver Fähigkeiten mit höherem Alter zu suchen, wodurch die erstgenannte Strategie schwieriger wird. Ältere Wähler scheinen demnach eher auf Entscheidungsregeln zurückzugreifen, die keinen systematischen Vergleich von allen Alternativen auf allen Dimensionen beinhalten.

2.2. Eigenschaften von Wahlkandidaten und das Alter der Wähler

Bei vielen Wahlen – wie zum Beispiel bei der Erststimme der Bundestagswahl – kann der Wähler sich zwischen Kandidaten entscheiden. Kandidaten haben eine ganze Reihe von Eigenschaften, die dazu führen können, dass sie von Wählern mehr oder weniger präferiert werden. Inwieweit unterscheiden sich Altersgruppen in Wahlen, bei denen Kandidaten mit unterschiedlichen Attributen zur Wahl stehen? In einer US-amerikanischen Studie wurde

²⁴ Vgl. *David P. Redlawsk*, What Voters Do: Information Search During Election Campaigns, in: Political Psychology, 25. Jg. (2004), H. 4, S. 595 – 610.

ein Altersähnlichkeitseffekt festgestellt²⁵: Jüngere Probanden bevorzugten stärker jüngere Kandidaten, ältere dagegen eher ältere Wahlbewerber.

Falls diese Effekte auch in Deutschland existierten, würde das bedeuten, dass Parteien einen zunehmend größeren Nutzen haben könnten, ältere Kandidaten aufzustellen, um mehr Erfolge unter der alternden Wählerschaft zu erzielen. Dabei ist die Bedeutung von personellen Charakteristiken nicht nur wichtig bei Bewerbern in den Wahlkreisen, sondern auch in Bezug auf die Spitzenkandidaten. Da Parteibindungen zurückgehen, votieren Wähler zunehmend nach performanzbasierten Kriterien. Neben einer retrospektiven und prospektiven Bewertung der Partei spielt, ausweislich einer britischen Studie, vor allem die Person der Spitzenkandidaten eine wichtige Rolle.²⁶ In Deutschland ist dies scheinbar von geringer Bedeutung: Bei der Bundestagswahl 2009 gaben nur 22 Prozent der Wähler an, dass die Kandidaten ihr wichtigstes Wählermotiv waren. Doch hatte beispielsweise die Bewertung von *Angela Merkel* auch eine sehr hohe statistische Erklärungskraft für die Parteiwahl bei der Bundestagswahl 2005.²⁷

2.3. Parteienwahl

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, unterschieden sich bei der Bundestagswahl 2005 die Wähler, die 60 und älter waren, von denen, die jünger als 25 waren. Besonders in den Ergebnissen für die CDU/CSU und für Bündnis 90/Grüne waren starke Unterschiede zwischen den beiden Altersgruppen zu sehen.

Abbildung 2 gibt einen längerfristigen Überblick über die Wahlpräferenzen älterer (60 und älter) und jüngerer Wähler (18 bis 59 Jahre) zugunsten der SPD und CDU/CSU in Westdeutschland von 1949 bis 2005. Jeder Datenpunkt stellt einen Quotienten aus der Wahrscheinlichkeit dar, dass jemand aus der Gruppe der Senioren (60 und älter) für diese Partei wählte, geteilt durch die Wahrscheinlichkeit der Wähler, die 59 und jünger waren. Liegt der Punkt über der 1, bestand bei den Senioren bei jener Wahl eine größere Wahrscheinlichkeit, diese Partei zu wählen, als bei den jüngeren Wählern. Liegt der Punkt unterhalb der 1, deutet dies auf eine größere Wahrscheinlichkeit bei den jüngeren Wählern hin.

Offenkundig gab es also systematische Unterschiede zwischen älteren und jüngeren Wählern. In allen Wahljahren war die CDU/CSU populärer in der Gruppe der Senioren. Doch die Unterschiede variierten sehr stark. 1949 betrug der Unterschied nur zehn Prozent, 1998 dagegen 60 Prozent.²⁸ Die SPD war häufig relativ beliebter in der Gruppe der jüngeren Wähler, doch gab es einige Jahre wie 1961, 1980 bis 1987 und 2002 bis 2005, in denen sie in beiden Altersgruppen annähernd gleich stark gewählt wurde.

Wenn man sich diese Graphik nur oberflächlich anschaut, scheint das Resultat einfach zu sein: Mit zunehmendem Alter werden Wähler konservativer. Deswegen ist die konservative CDU/CSU immer populärer in der Gruppe der älteren Wähler, und die SPD schnei-

25 Vgl. *Jane Allyn Piliavin, Age, Race, and Sex Similarity to Candidates and Voting Preference*, in: *Journal of Applied Social Psychology*, 17. Jg. (1987), H. 4, S. 351 – 368.

26 Vgl. *Harold D. Clarke / David Sanders / Marianne C. Stewart / Paul F. Whiteley*, a.a.O. (Fn. 7).

27 Vgl. den Beitrag von *Richard Hilmer* in diesem Heft der ZParl. *Achim Goerres / Guido Tiemann, Kinder an die Macht? Die politischen Konsequenzen des stellvertretenden Elternwahlrechts*, in: *PVS*, 50. Jg. (2009), H. 1, S. 50 – 74.

28 Vgl. den Beitrag von *Eckhard Jesse* in diesem Heft der ZParl.

Abbildung 2: Quotienten der Wahlwahrscheinlichkeiten (Senioren geteilt durch Jüngere) für SPD und CDU/CSU im Gebiet der ehemaligen BRD von 1949 bis 2005



Quelle: Eigene Berechnungen mit Wahlstudien.

det in dieser Gruppe immer schlechter ab. Wie ich jedoch im Folgenden zeigen werde, ist diese Interpretation der deskriptiven Daten falsch. Sogar einer näheren Inspektion dieses Graphen für das Gebiet der ehemaligen BRD würde eine solch einfache Interpretation nicht standhalten. Zum einen zeigt sich im Zeitverlauf für beide Teilgraphen eine Aufwärtsbewegung. Für die CDU/CSU wird die überdurchschnittliche Popularität in der Gruppe der Älteren größer; für die SPD nimmt die überdurchschnittliche Popularität in der Gruppe der Jüngeren hingegen immer weiter ab, so dass für die letzten beiden Bundestagswahlen keinerlei Vorteil mehr in der einen gegenüber der anderen Gruppe zu messen war. Tatsächlich deuten die bestehenden Erkenntnisse auf eine Kombination von alters- und kohortenabhängigen Effekten hin: die Entstehung von Parteiidentifikation, die historische Entwicklung politischer Generationen, generationaler Wertewandel und das Fehlen jeglicher Form von Konservatismus.

Entstehung von Parteiidentifikation

Parteiidentifikation ist die zentrale Variable in soziologischen Wahltheorien. Gemäß dieser Perspektive werden Individuen in ihren jungen Jahren bezüglich ihrer Parteipräferenzen sozialisiert. Insbesondere das sozial-kulturelle Milieu ihres Elternhauses²⁹ prägt Jugendliche

29 Vgl. Alan S. Zuckerman / Josip Dasovic / Jennifer Fitzgerald, *Partisan Families: The Social Logic of Bounded Partisanship in Germany and Britain*, Cambridge 2007.

und junge Erwachsene bereits zugunsten einer bestimmten Partei. Diese „Erstpräferenzen“ werden dann durch eigene Wahlen verstärkt, so dass eine Identifikation mit einer Partei entsteht.³⁰ Je stärker man sich mit einer Partei identifiziert, desto eher wählt man sie. Man kann bei der Entstehung von Parteiidentifikation zwei Aspekte unterscheiden: die Richtung und die Intensität. Die Richtung wird besonders bei den ersten Wahlen und durch die frühe politische Sozialisation bestimmt. Daher ist der politische Kontext bei Jungwählern wichtig. Wenn es Parteien schaffen, diese an sich zu binden, können sie von der Loyalität dieser Gruppe noch in den folgenden Wahlen profitieren.

Die Stärke der Parteiidentifikation beruht vor allem auf dem Prozess der wiederholten Entscheidung für dieselbe Partei. Wähler vertiefen ihre eigene Identifikation mit jeder Wahlstimme, die sie für ihre Partei abgeben.³¹ Somit ergibt sich bei diesem Verstärkungsprozess ein Alterseffekt. Je älter ein Wähler ist (unabhängig von der Kohorte), desto stärker sollte – dieser These nach – seine Parteiidentifikation ausfallen. Infolgedessen sollte auch die Wahrscheinlichkeit des Stammwählens bei älteren Wählern größer sein. Ein erweiterter Effekt dieser mit dem Alter steigenden Intensität ist die Verzerrung der Parteipräferenzen zugunsten etablierter Parteien bei älteren Wählern. Jüngere Wähler müssen erst lernen, dass es sich nicht „lohnt“, kleine Parteien zu wählen, die nicht die Politik durch ihre Beteiligung an der Regierung oder ihre Präsenz in Parlamenten beeinflussen können.³² Beispielsweise wählten 6,9 Prozent der 18- bis 25-Jährigen bei der Bundestagswahl 2005 „sonstige Parteien“, das heißt eine der nicht im Bundestag vertretenen Parteien, während nur 2,3 Prozent der über 60-Jährigen eine dieser Parteien wählten.³³

Insgesamt nimmt die Identifikation mit Parteien aufgrund eines generellen Prozesses der Individualisierung von Wählern und der Auflösung von sozialen Milieus in etablierten westlichen Demokratien ab.³⁴ Folglich kann man auch erwarten, dass die Intensität von Parteiidentifikation mit dem Alter in Zukunft weniger stark ansteigen und ihre politische Bedeutung für den Wahlausgang sinken wird.

30 Vgl. *Angus Campbell / Philip E. Converse / Warren E. Miller / Donald Stokes*, *The American Voter*, New York / London 1960; *David Butler / Donald Stokes*, *Political Change in Britain. The Evolution of Electoral Choice*, London / Basingstoke 1983; *Richard Rose / Ian McAllister*, *The Loyalties of Voters: A Lifetime Learning Model*, Newbury Park 1990.

31 Vgl. *Angus Campbell / Philip E. Converse / Warren E. Miller / Donald Stokes*, a.a.O. (Fn. 30); *Philip E. Converse*, *The Dynamics of Party Support: Cohort-analyzing Party Identification*, Beverly Hills 1976; *James R. Tilley*, *Party Identification in Britain: Does Length of Time in the Electorate Affect Strength of Partisanship?*, in: *British Journal of Political Science*, 33. Jg. (2003), H. 2, S. 332 – 344; *Peter Gluchowski*, *Wahlerfahrung und Parteiidentifikation. Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik*, in: *Max Kaase / Hans-Dieter Klingemann* (Hrsg.), *Wahlen und politisches System*, Opladen 1983, S. 442 – 477.

32 Vgl. *Samuel H. Barnes*, *Partisanship and Electoral Behavior*, in: *M. Kent Jennings / Jan W. van Deth* (Hrsg.), *Continuities in Political Action*, Berlin 1989, S. 235 – 274; *Achim Goerres*, *The Grey Vote. Determinants of Older Voters' Party Choice in Britain and West Germany*, in: *Electoral Studies*, 27. Jg. (2008), H. 2, S. 285 – 304.

33 Vgl. *Doreen Namislo / Karina Schorn / Margitta von Schwartzenberg*, a.a.O. (Fn. 2).

34 Vgl. *Mark N. Franklin / Thomas T. Mackie / Henry Valen*, *Electoral Change. Responses to Evolving Social and Attitudinal Structures in Western Countries*, Cambridge 1992.

Politische Generationen

Bei der Entstehung einer Parteipräferenz ist der politische Kontext des Jungwählers von großer Bedeutung. Zum einen spielen die Signale in seinem sozialen Milieu eine Rolle. Doch zusätzlich zu dieser sozialen Komponente ist der politische Kontext der ersten Wahlen wichtig. Parteien sind – über längere Zeit hinweg betrachtet – in manchen Jahrzehnten erfolgreicher als in anderen. Dieser Erfolg kann sich vor allem bei den Jungwählern einer bestimmten Wahl niederschlagen.³⁵ Demzufolge können sich Kohorten von Wählern von einander unterscheiden. Die Erfolge einer Partei in einer bestimmten Periode können eine Kohorte stärker beeinflussen, die zu dem Zeitpunkt jung ist, als eine andere Kohorte, deren Mitglieder bereits mehr Wahlerfahrung haben und nicht mehr so beeinflussbar sind.

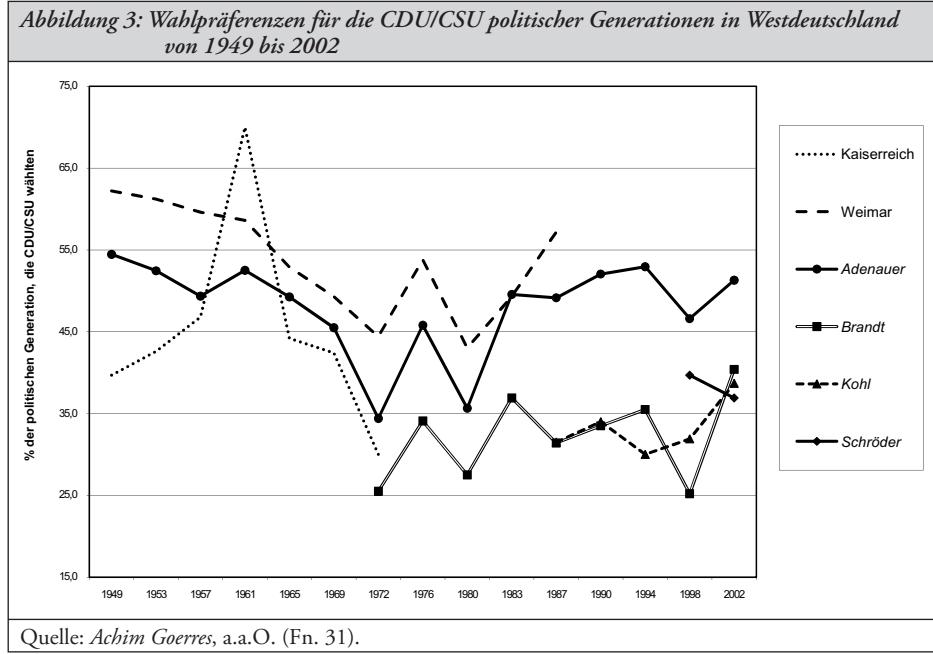


Abbildung 3 zeigt die Wahrscheinlichkeiten politischer Generationen in Westdeutschland, bei den Bundestagswahlen 1949 bis 2002 CDU/CSU zu wählen. Die Kohorten sind über den politischen Kontext definiert worden, in dem sie das erste Mal zu einer freien Wahl gehen durften. So stellt beispielsweise die gepunktete Linie die Männer dar, die bereits 25-jährig oder älter zur Zeit des Deutschen Kaiserreiches an Reichstagswahlen teilnehmen durften. Diese politische Generation weist eine bemerkenswert geringere Wahrscheinlichkeit auf, die CDU/CSU zu wählen, als die darauf folgende Weimarer Generation. Letztere besteht aus all jenen Wählern (Männern und Frauen), die zwischen 1919 und 1933 das erste Mal wahlberechtigt waren. Darauf folgt die zahlenmäßig größte Kohorte, die *Adenauer*-Generation, die das erste Mal zwischen 1949 und 1967 frei wählen durfte.

35 Vgl. David Butler / Donald Stokes, a.a.O. (Fn. 30).

Ihre Mitglieder zeigen wieder eine geringfügig niedrigere Wahrscheinlichkeit, die CDU/CSU zu wählen, als die Weimarer Generation, aber eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit als die darauf folgenden Generationen (*Brandt, Kohl, Schröder*).

In einer systematischen Analyse von Westdeutschland und Großbritannien wurde gezeigt³⁶, dass unter gewissen Bedingungen diese generationalen Wahrscheinlichkeiten aufgrund der politischen Kontexte vorhergesagt werden können, die vorherrschten, als die Kohortenmitglieder das erste Mal zur Wahl gingen.³⁷ So kann man beispielsweise die *Adenauer*-Generation als starke CDU/CSU-Kohorte dadurch erklären, dass diese Partei Westdeutschland nach den Schrecken der Nazi-Herrschaft und des Zweiten Weltkrieges in einer Ära des wirtschaftlichen Aufschwungs und politischer Stabilität regierte. Die nachfolgende *Brandt*-Generation dagegen zeigte weniger starke Präferenzen für die CDU/CSU, weil die SPD die Jungwähler 1969 und in den 1970er Jahren für sich gewinnen konnte. Allgemein jedoch nimmt der Unterschied zwischen politischen Generationen aufgrund der allgemeinen Individualisierung und der wachsenden Volatilität der Wähler ab. Die frühen politischen Erlebnisse verlieren an Bedeutung bei der Erklärung von späteren Wahlpräferenzen.³⁸ Ältere und jüngere Generationen werden sich also in dieser Hinsicht ähnlicher. Im heutigen Großbritannien ist dieser Prozess beispielsweise bereits so weit fortgeschritten, dass Unterschiede zwischen politischen Generationen fast nicht mehr messbar sind.

Generationaler Wertewandel

Generationen unterscheiden sich nicht nur in den politischen Erfahrungen, die sie in den ersten Wahljahren machen, sondern auch in den allgemeinen Werten, die ihre politischen Präferenzen beeinflussen. Dabei ist die politisch wichtigste Veränderung in etablierten Demokratien die zunehmende Verbreitung von postmateriellen Werten.³⁹ Postmaterielle Ziele sind immaterieller, nicht-greifbarer Natur wie zum Beispiel Freiheit, Frieden, Glück, Gleichheit oder Umweltschutz. Die These lautet: Individuen, die in wirtschaftlichem Wohlstand aufwachsen und deren materielle Bedürfnisse in der Jugend immer befriedigt werden, beginnen nach postmateriellen Dingen zu streben. Die generationale Implikation ist, dass Kohorten, deren Mitglieder stärker in Wohlstand aufwachsen als frühere Kohorten, auch im Schnitt stärker postmaterielle Werte hochhalten. Dies konnte für Westeuropa und die USA nachgewiesen werden.⁴⁰

36 Vgl. Achim Goerres, a.a.O. (Fn. 32).

37 Vgl. Warren E. Miller / J. Merril Shanks, *The New American Voter*, Cambridge, London 1996; Andries van den Broek, Does Differential Cohort Sozialization Matter? The Impact of Cohort Replacement and the Presence of Intergenerational Differences in the Netherlands, in: *Political Psychology*, 20. Jg. (1999), H. 3, S. 501 – 523; Ettore Scappini, The Estimable Functions of Age, Period and Generation Effects: A Political Application, in: *Quality and Quantity*, 40. Jg. (2006), H. 5, S. 759 – 781.

38 Vgl. James R. Tilley, a.a.O (Fn. 31).

39 Vgl. Ronald Inglehart, The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies, in: *American Political Science Review*, 65. Jg. (1971), H. 4, S. 991 – 1017; ders., Culture Shift in Advanced Industrial Society, Princeton 1990; ders., Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies, Princeton 1997.

40 Vgl. Paul R. Abramson, Generations and Political Change in the United States, in: *Research in Political Sociology*, 4. Jg. (1989), S. 502 – 521; Paul R. Abramson / Ronald Inglehart, Genera-

Die Verinnerlichung postmaterieller Werte führt auch zu anderen politischen Präferenzen. Das klassische Politikfeld, das Postmaterialisten interessiert, ist Umweltschutz. Da die etablierten Parteien in vielen Parteiensystemen dieses Thema erst spät aufgriffen, bildeten sich häufig grüne Parteien heraus, die vor allem die postmaterialistischen Wähler ansprachen. Aufgrund der generationalen Implikation bei der Verbreitung von Postmaterialismus gibt es auch bei der Anhängerschaft grüner Parteien Generationenunterschiede. In Deutschland haben Bündnis 90/Grüne beispielsweise wenige Anhänger unter den Wählern, die vor dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden.⁴¹ Für die Gruppe der heutigen Wähler, die 60 und älter sind, bedeutet das nun auch, dass mehr und mehr Grünen-Wähler mit postmateriellen Interessen in diese Altersstufe kommen.

Die Postmaterialismusthese ist sicherlich die bekannteste und die in den meisten Ländern überprüfte Aussage über generationalen Wertewandel. Doch gibt es noch andere nachgewiesene Veränderungen. So gibt es zum Beispiel in Großbritannien Hinweise auf eine unterschiedliche Verbreitung libertärer und autoritärer Wertvorstellungen. Ältere britische Generationen sind weniger libertär als jüngere, das heißt sie verfolgen weniger stark freiheitliche Vorstellungen für das Individuum.⁴² Da Parteien libertäre Werte in unterschiedlicher Intensität verfolgen (die Grünen und die FDP sind die libertärsten deutschen Parteien), kann so ein Unterschied in Werten Konsequenzen für die Parteienwahl haben.

Konservatismus

Ein Mythos, der sich im öffentlichen Diskurs und auch in der wissenschaftlichen Diskussion sehr stark hält, ist, dass alternde Individuen konservativer werden und folglich auch konservativere Parteien wählen. Gerade in der Debatte um die politischen Konsequenzen einer alternden Gesellschaft scheint die Annahme, dass Wahlausgänge „konservativer“ werden, weit verbreitet zu sein. Die Konservatismus-Hypothese gibt es in zwei Varianten: Erstens könnten alternde Wähler wirtschaftlich konservativer werden, das heißt verstärkt Parteien favorisieren, die wenig Steuern erheben wollen, weil sie, die alternden Wähler, mehr materielle Güter akkumuliert haben, die sie nicht abgeben wollen.⁴³ Zweitens könnten Wähler autoritärer werden, das heißt verstärkt Parteien wählen, die einen starken Staat anstreben und Individualismus nicht als eigenes Ziel verfolgen.

Es gibt keinerlei Belege – weder für die erste, noch für die zweite Form von Konservatismus.⁴⁴ Es lässt sich nicht nachweisen, dass alternde Individuen in ihrer Parteienwahl oder

tional Replacement and the Future of Post-Materialist Values, in: *Journal of Politics*, 49. Jg. (1987), H. 1, S. 231 – 241.

41 Vgl. *Markus Klein / Kai Arzheimer*, Grau in grau. Die Grünen und ihre Wähler nach eineinhalb Jahrzehnten, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 49. Jg. (1997), H. 4, S. 650 – 673; *Ulrich Kohler*, Zur Attraktivität der Grünen bei älteren Wählern, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 50. Jg. (1998), H. 3, S. 536 – 559.

42 Vgl. *James R. Tilley*, Libertarian-authoritarian Value Change in Britain, 1974-2001, in: *Political Studies*, 53. Jg. (2005), H. 2, S. 442 – 453.

43 Vgl. *Robert H. Binstock*, Older People and Voting Participation: Past and Future, in: *The Gerontologist*, 40. Jg. (2000), H. 1, S. 18 – 31.

44 Vgl. *Achim Goerres*, a.a.O. (Fn. 32); *James R. Tilley*, a.a.O. (Fn. 42); *Nicholas L. Danigelis / Stephen J. Cutler*, Cohort Trends in Attitudes about Law and Order: Who's Leading the Conservative Wave?, in: *Public Opinion Quarterly*, 55. Jg. (1991), H. 1, S. 24 – 49; *John Creighton Campbell / John M. Strate*, Are Old People More Conservative?, in: *The Gerontologist*, 21. Jg.

in ihren politischen Werten konservativer werden. In einigen Untersuchungen von Lebenszyklus- und Kohorteneffekten in Deutschland wurden ganz gering ansteigende Wahrscheinlichkeiten, mit zunehmendem Alter CDU/CSU zu wählen, entdeckt. Doch sind diese viel kleiner als die Kohortenunterschiede und könnten auch durch die Art der statistischen Analyse künstlich entstanden sein.⁴⁵ Somit ist auch nicht davon auszugehen, dass alternde Demokratien eine Hochphase für konservative Parteien mit sich bringen.

2.4. Alter als Konfliktlinie

Bei der Diskussion um die politischen Folgen einer alternden Gesellschaft ergibt sich auch die Frage, ob es einen Konflikt zwischen den Älteren und den Jüngeren oder zwischen Rentnern und ökonomisch Aktiven geben kann.⁴⁶ Jürgen Falter und Uwe Gehrung⁴⁷ untersuchten diese Frage anhand deutscher Wahlstudien bis 1994. Sie stellten fest, dass man für die deutsche Wahllandschaft nicht von einer sichtbaren Konfliktlinie zwischen Jung und Alt sprechen könne. Jüngere Wähler ziehen im Vergleich zu älteren nicht prinzipiell eine Partei einer anderen vor. Somit spielt die alternde Gesellschaft in Deutschland für die dauerhafte Fortune verschiedener Parteien keine direkte Rolle.

Gegen Alter als Konfliktlinie spricht auch das schlechte Abschneiden von Seniorenparteien in ganz Europa. Würden sich ältere Wähler nach einer politischen Plattform umschauen, die ihre Interessen als Senioren oder Rentner wahrnimmt, fänden sie diese in den Seniorenparteien. Es gibt in beinahe jedem Land eine oder mehrere politische Parteien, die durch ihren Namen Senioren und/oder Rentner als Hauptzielgruppe anzusprechen versuchen. In Deutschland traten bei der Europawahl 2009 sogar vier verschiedene an (Die Grauen, 50Plus, Rentnerinnen und Rentner Partei, Rentner), die zusammen 1,7 Prozent der Stimmen gewannen; doch können diese Parteien nie längerfristig auch nur einen kleinen Teil der Wähler an sich binden. Die Grauen/Graue Panther konnten in Deutschland beispielsweise gerade einmal 0,4 Prozent der Stimmen bei den Bundestagswahlen 1994 und 2005 auf sich vereinen. Selbst in den Niederlanden, in denen die institutionellen Hürden für kleine Parteien sehr niedrig sind, konnten sich Seniorenparteien nicht halten. Ihr bestes Ergebnis erzielten sie 1994 mit 3,6 Prozent der Stimmen. Die einzigen Parteien, die dauerhaft erfolgreich sind, haben inzwischen ein sehr breites Programm und zum Teil den Namen geändert. Beispielsweise gewann die luxemburgische Partei ADR („Aktiounskomitee fir Demokratie a Rentegerechtegeet“) bei der Wahl 2004 9,9 Prozent. Doch ist ihre Posi-

(1981), H. 6, S. 580 – 591; Martin Kohli / Harald Künemund, Partizipation und Engagement älterer Menschen. Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven, in: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.), Lebenslagen, soziale Ressourcen und gesellschaftliche Integration im Alter. Expertise zum Dritten Altenbericht der Bundesregierung, Bd. 3, Berlin 2001, S. 117 – 234.

45 Vgl. Hans Rattinger, Demographie und Politik in Deutschland: Befunde der repräsentativen Wahlstatistik 1953-1990, in: Hans-Dieter Klingemann / Max Kaase (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990, Opladen 1994, S. 73 – 122.

46 Vgl. Achim Goerres, a.a.O. (Fn. 1).

47 Vgl. Jürgen W. Falter / Uwe W. Gehrung, Alter – ein neues Cleavage?, in: Hans-Dieter Klingemann / Max Kaase (Hrsg.), Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994, Opladen 1998, S. 463 – 504.

tion die einer rechtskonservativen Partei, die von ihrer Wahlattraktivität nichts mit den Rentnerpositionen zu tun hat, die sie zu Anfang ihrer Existenz vertrat (im Jahr 1989). Im Frühjahr 2006 veränderte sie auch den Namen in „Alternativ Demokratesch Reformparte“. Ähnlich entwickelte sich die slowenische Rentnerpartei, die 4,1 Prozent der Stimmen bei der Nationalwahl 2004 gewann und seit 1996 an der Regierungskoalition beteiligt ist. Symptomatisch ist, dass sie nicht das Sozialministerium, in dem Rentnerinteressen geregelt werden, sondern das Verteidigungsministerium hält. Wäre das Alter eine politische Konfliktlinie, müssten diese Parteien erstens in einer alten Gesellschaft sehr viele Stimmen von Senioren bekommen und zweitens in einer alternden Gesellschaft von einer zunehmenden Popularität profitieren. Da wir weder das eine, noch das andere vorfinden, untermauern die Befunde für Seniorenparteien das Fehlen einer politisierten Konfliktlinie zwischen Jung und Alt in der Wahlarena.

Die Gründe dafür, dass Rentnerparteien bisher in alternden Gesellschaften nicht besser abschneiden, dürften in der Tatsache liegen, dass Wähler nicht durch das Eintreten in die Rente ihre bisherigen politischen Präferenzen über Bord werfen und ganz anders wählen. Auch dürfte inter-generationale Solidarität besonders bei Individuen mit Kindern eine Rolle spielen. Schließlich gibt es nur sehr wenige Interessen, die alle Rentner gemeinsam tragen, nämlich Rente und Krankenversicherung; und eben in diesen Bereichen spielt das Einkommen und Vermögen eine große Rolle.

Lediglich, wenn es in manchen Wahlen oder auch bei Referenden um Politikpakete (wie etwa eine Rentenreform) geht, bei denen die Altersposition eine Rolle spielt, ist in der Tat zu erwarten, dass Rentner sich anders verhalten als Arbeitnehmer. Dazu gibt es kaum Analysen, aber Studien über Umfrageergebnisse zum Wohlfahrtsstaat und Rentenreformen und über lokale Bildungsausgaben in den USA zeigte dies.⁴⁸ Dabei ist bisher ungeklärt, ob es abmildernde Faktoren gibt – also ob beispielsweise Großeltern anders wählen würden als gleichaltrige Kinderlose. *Martin Kohli*⁴⁹ zeigte, dass öffentliche Transfers, die vom Staat geregelt werden, substanzelle private Transfers gegenüberstehen, so dass – als Ganzes betrachtet – ein Politikpaket zugunsten von Senioren durch die nicht-sichtbaren privaten Transfers zugunsten Jüngerer zu einem intergenerationalen Gleichgewicht führen könnte. *Achim Goerres* und *Guido Tiemann*⁵⁰ wiesen nach, dass deutsche Eltern sich kaum von Kinderlosen in ihren Parteipräferenzen unterscheiden. *Achim Goerres* und *Markus Tepe*⁵¹ belegten, dass Senioren in bestimmten politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Kontexten bereit sind, öffentliche Kinderversorgung durch den Staat umso mehr zu unterstützen, je mehr Austausch sie innerhalb der Familien haben.

48 Vgl. *Tito Boeri / Axel Börsch-Supan / Guido Tabellini*, Would You Like to Shrink the Welfare State? Opinions of European Citizens, in: *Economic Policy*, 32. Jg. (2001), H. 1, S. 9 – 50; *Michael B. Berkman / Eric Plutzer*, Gray Peril or Loyal Support? The Effects of the Elderly on Educational Expenditures, in: *Social Science Quarterly*, 85. Jg. (2004), H. 5, S. 1178 – 1192.

49 Vgl. *Martin Kohli*, Private and Public Transfers between Generations: Linking the Family and the State, in: *European Societies*, 1. Jg. (1999), H. 1, S. 81 – 104.

50 Vgl. *Achim Goerres / Guido Tiemann*, a.a.O. (Fn. 27).

51 Vgl. *Achim Goerres / Markus Tepe*, Age-based Self-Interest, Intergenerational Solidarity and the Welfare State: A Comparative Analysis of Older People's Attitudes Towards Public Childcare in 12 OECD Countries, in: *European Journal of Political Research* (im Erscheinen).

2.5. Zusammenfassung: Wahlentscheidung

Die Ergebnisse im Bereich der Wahlentscheidung lassen sich für Lebenszykluseffekte wie folgt zusammenfassen: (1) Ältere Wähler benutzen eher einfachere Strategien bei der politischen Informationsverarbeitung. Sie vergleichen sequenziell Option mit Option, um dann die schlechtere möglichst schnell auszusortieren, anstatt alle Optionen einzeln miteinander zu vergleichen. (2) Ältere Wähler bevorzugen ältere Kandidaten. (3) Ältere Wähler weisen eine stärkere Parteiidentifikation auf. Diese ist auch mit größerer Wahrscheinlichkeit zugunsten einer etablierten Partei ausgeprägt. Doch nimmt die Parteiidentifikation insgesamt in ihrer Bedeutung für die Vorhersage der Wahl ab. (4) Ältere Wähler wählen nicht konservativer aufgrund ihrer Position im Lebenszyklus. (5) Der Gegensatz Jung gegen Alt spielt keine Rolle in der deutschen Parteienlandschaft. Rentnerparteien sind notorisch schwach in ganz Europa. Politische Interessen in Bezug auf einzelne Politikpakete, die wie der Empfang von Renten mit dem Lebenszyklus zusammenhängen, werden durch das Alter beeinflusst, spielen aber bei Wahlen bisher keine Rolle.

Für den Bereich der Kohorteneffekte gibt es folgende Belege: (6) Ältere Generationen von Wählern wurden potenziell zugunsten anderer Parteien in ihrer Parteiidentifikation beeinflusst als jüngere Generationen. So entstanden politische Generationen von Wählern, wie beispielsweise die deutsche *Adenauer-Generation*, die stark die CDU/CSU favorisiert. Doch nehmen aufgrund der allgemeinen Individualisierung und zunehmenden Orientierung der Wähler an der (empfundenen) Leistung der Parteien diese generationalen Sozialisationsunterschiede in ihrer Bedeutung ab. Ältere und jüngere Kohorten werden sich also immer ähnlicher. (7) Ältere Generationen haben im Schnitt andere Werte als jüngere, die zu einer anderen Parteipräferenz führen können. So gibt es in der Gruppe der nach dem Zweiten Weltkrieg geborenen Wähler mehr Postmaterialisten, die in Deutschland relativ häufiger Bündnis 90/Grüne bevorzugen.

3. Ältere Wähler in alternden Demokratien – Lektionen aus der Forschung

Für alternde Demokratien sollte die wichtigste Essenz aus dieser Literaturschau sein, dass sich ältere Wähler nicht auf eine einfache Art und Weise von jüngeren unterscheiden – weder bei der Wahlbeteiligung noch beim Inhalt der Wahlentscheidung. Daher sollte auch jede Diskussion dieser Unterschiede ohne Vereinfachung geführt werden.

Bei den Überlegungen zur Zukunft alternder Demokratien ist es ratsam, sich einiger Einschränkungen bewusst zu werden. Die empirischen Daten kommen aus einer bestimmten Periode und aus bestimmten Länderkontexten. Es kann folglich nur angenommen werden, dass die beschriebenen Zusammenhänge und Mechanismen in der nahen Zukunft noch stabil sind. Unter dieser Annahme können folgende Thesen für eine alternde Demokratie aufgestellt werden:

(1) Ältere Wähler werden ihre hohe Wahlbeteiligung relativ zu jüngeren wahrscheinlich beibehalten. Soziale und politische Erfahrungen sowie die Habituation des Wählens werden alternde Wahlberechtigte in Zukunft immer mit höheren Wahlwahrscheinlichkeiten zur Wahl gehen lassen als jüngere. Wir wissen nicht, welche Eigenschaften jüngere Kohorten in der Zukunft haben werden. In Bezug auf das Pflichtbewusstsein, zur Wahl zu gehen, werden in vielen westlichen Demokratien erst einmal Wähler mit weniger ausgeprägtem Pflichtbewusstsein ins Seniorenalter rücken.

(2) Unterschiede im Wahlinhalt verschiedener Altersgruppen sind generationaler Natur und werden immer kleiner. Die existierenden Unterschiede im Wahlinhalt sind eher generationaler Natur. Daher ist der Gegensatz von Präferenzen verschiedener Altersgruppen nicht über die Zeit hinweg stabil. In den untersuchten Ländern Deutschland und Großbritannien sind die Unterschiede heutzutage gering und werden noch kleiner.

(3) Parlamentswahlen werden nicht von einem Gegensatz Alt gegen Jung bestimmt werden. Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass Wähler ihre durch den Lebenszyklus bestimmten Interessen als Kriterium ihrer Wahlentscheidung bei Parlamentswahlen benutzen. Rennertparteien sind deswegen notorisch schwach, obwohl etablierte Parteibindungen zurückgehen und sie als neue Parteien größere Chancen haben sollten. Falls es Abstimmungen über einzelne Politikpakete geben sollte, die unterschiedliche Bedeutungen für Wähler verschiedenen Alters hätten, könnten Gegensätze zwischen Jung und Alt entstehen, die auf materiellem Eigeninteresse beruhen. Die Bevorzugung älterer Kandidaten durch ältere Wähler könnte – in einer deterministischen Betrachtungsweise – zu älteren gewählten Politikern in einer alternden Gesellschaft führen. Doch dieser Effekt wäre insofern uninteressant, als man in einer alternden Gesellschaft auch eher ein älteres „Grundreservoir“ politischer Eliten auffinden würde.

Das Fehlen eines markanten Gegensatzes zwischen Jung und Alt heißt jedoch nicht, dass Politik in alternden Demokratien neutral gegenüber allen Altersgruppen gemacht wird. Es kann durchaus dazu kommen, dass öffentliche Ressourcen innerhalb von Reformprozessen zugunsten von Älteren nicht wegkürzt werden. Die Alterung einer Gesellschaft führt in fortgeschrittenen Wohlfahrtsstaaten automatisch dazu, dass Versorgungssysteme reformiert werden müssen. Das liegt an den nicht mehr zutreffenden sozialen Annahmen vieler dieser Versorgungssysteme (Lebenserwartung, Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtbevölkerung). Diese aus der finanziellen Staatsraison notwendigen Reformen könnten Ressourcen von älteren Bürgern weglassen. Doch darf man folgenden Zusammenhang nicht vergessen: Die altersabhängigen Interessen älterer Menschen (angemessene Rente, gute Gesundheits- und Pflegeversorgung) interessierten Bürger aller Altersklassen, weil jeder darauf hofft, alt zu werden.

Somit gibt es für Parteipolitiker einen Anreiz, seniorenfreundliche Politik zu machen – nicht weil Senioren etwas anderes wollen als jüngere Altersgruppen, sondern weil letztere dasselbe fürs Alter wollen. Die altersfreundliche Allokation hätte also nichts mit Wahlmacht von Senioren, sondern mit dem altersübergreifenden Interesse an Politik für ältere Menschen in einer Ära wohlfahrtsstaatlicher Reformen zu tun. Daraus könnte folgen, dass bestimmte Fragen in den Vordergrund rücken. Beispielsweise finden sich zunehmend Themen wie Alterssicherung und Solidarität zwischen Generationen in den Programmen der deutschen Parteien. Diese thematischen Verschiebungen spiegeln die zunehmende Bedeutung von bestimmten Politiken einer gealterten Gesellschaft wider und sind nicht Ausdruck eines Gegeneinanders von Jung und Alt.